

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Porto-Zuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 9-8.

Die abendbühnen-Korrespondenz über deren Namen heißt 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wien-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Centrum 2830, 2845, 4518 4602, 4635, 4642, 4651.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Polnische Friedensfabotage

Abfichtliche Verzögerung

Warschau, 3. August.

Die Presseabteilung des Ministeriums des Äußern teilt mit: Die polnische Regierung hat im Laufe der Nacht von der nach Baranowitsch entsandten Delegation einen Junkspruch erhalten, wonach der Kommandant der Sowjetfront mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung gleichzeitig die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen verlangsamt und den 4. August zum Beginn der Verhandlungen in Warschau vorgeschlagen habe. Gleichzeitig habe die Sowjetregierung die Entsendung einer neuen, mit entsprechenden Vollmachten versehenen Delegation gefordert, die auch zu Friedensverhandlungen bevollmächtigt wäre.

Es ist augenscheinlich, daß die Sowjetregierung die Waffenstillstandsverhandlungen in der Hoffnung auf die verspätete Hilfe anderer Bundesgenossen aufschieben will. Das Datum des 4. August als Tag des Beginns der Friedensverhandlungen ist unmöglich, denn eine mit so weitgehenden Vollmachten, wie sie die Sowjetregierung fordert, versehene Delegation könnte mit ihren Vorbereitungen weder bis zu der geforderten Zeit fertig werden, noch bei dem Fehlen der Verkehrsmöglichkeiten nach Warschau gelangen. Uebrigens muß die Regierung vor Entscheidung einer neuen Delegation den Bericht der vorherigen entgegennehmen.

Eine genaue Veröffentlichung wird in dieser Angelegenheit noch erfolgen.

Die Kundgebung der polnischen Regierung ist ein erneuter Beweis für die Sabotage der Friedensverhandlungen, die Polen im Bunde mit der Entente betreibt. In der Hoffnung auf neue militärische Hilfe von der Entente suchte die polnische Regierung einen schleunigen Waffenstillstand herbeizuführen, um sich danach bis zum Beginn der Friedensverhandlungen militärisch soweit zu kräftigen, daß eine neue diplomatische und militärische Aktion gegen Rußland eingeleitet werden könnte. Dieser Plan ist nun durch den russischen Vorschlag durchkreuzt worden, schon jetzt die Friedensverhandlungen zu beginnen. Da der Termin für diese Verhandlungen von den Russen schon auf den 4. August festgesetzt worden, kann gegen sie nicht der Vorwurf erhoben werden, daß sie die Friedensverhandlungen verschleppten, um günstigere militärische Vorteile zu erlangen. Die Demonstrationen der polnischen Regierung, daß die „Vorbereitungen“ für die Friedensverhandlungen bis zu der geforderten Zeit nicht beendet werden könnten, sind nichts weiter als Schaum-schlager. Die Sowjetregierung hatte der polnischen Regierung schon am 22. Juli vorgeschlagen, einen Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die polnische Regierung hatte also genügend Zeit, ihre Vorbereitungen zu treffen, wenn sie den ersten Wunsch hatte, zu einem Frieden mit Rußland zu gelangen.

Die Entente und Deutschland

M. London, 4. August.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George, die britische Regierung beabsichtige nicht, Deutschland und Ungarn zur Bekämpfung des russischen Bolschewismus einzuladen.

Die Erklärung Lloyd Georges ist vollkommen ungenügend. Der englische Premierminister müßte sich außerdem noch äußern, ob die Entente die Absicht hat, von Deutschland die ungehinderte Durchfuhr ihrer nach Polen bestimmten Truppen zu verlangen. Es mehren sich die Anzeichen, daß eine derartige Aktion im Gange ist und daß im Falle einer Weigerung Deutschlands, seine Neutralität preiszugeben, die Entente auch vor Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland nicht zurückschrecken werde.

Daß ein solches Vorgehen der Entente in Anbetracht der Stimmung der deutschen Arbeiterklasse von unabsehbaren Konsequenzen sein würde, braucht nicht erst gesagt zu werden. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die Regierungen der Entente sich unzweideutig zu dieser Frage äußern und alles unterlassen, was als Vorbereitung für eine derartige Aktion angesehen werden könnte.

Polnischer Frontbericht

III. Warschau, 4. August.

Polnischer Frontbericht vom 3. August: Nördlich der Gegend von Kolno und im Vorfeld des Flüsschens Schwa Patrouillen-gesichte. Die Besatzung der Festung Komza weist alle Angriffe der Bolschewisten ab. Südwestlich von Komza haben die Abteilungen der Heeresgruppe des Obersten Lubzinski die 18. Sowjetdivision zerstreut, die bei Drozdowo den Karawäberritten hatte. Es wurden 500 Gefangene gemacht, 8 Geschütze und 100 Bagagewagen erbeutet. Zwischen Karaw, Bug und der Linie Sambora—Jablanka—Cechanowicz er-bitterte Kämpfe. Bei Cechanowicz hat die wehrfähige Kavallerie Division in schneidigem Gegenangriff 200 Gefangene gemacht, 8 Maschinengewehre und die Bagage eines bolschewistischen Infanterieregiments erbeutet. An der Buglinie, in der Gegend von Drohiczn bis Brest-Litowsk sind erbitterte Kämpfe im

Gange. In der Gegend von Janow greifen unsere Abteilungen bolschewistische Kräfte an, die auf das Südufer des Flusses gedrungen waren. Südlich davon ist die ganze Buglinie in unserem Besitz. Westlich von Komel haben unsere Abteilungen bei Sokul bolschewistische Angriffe abgewiesen. In der Gegend von Brody dauert die Schlacht mit unverminderter Heftigkeit fort. Wie unsere Flieger berichten, ist der Feind von unseren Abteilungen umzingelt und sucht in der Richtung auf Kraszeniwiec nach Osten durchzubrechen. Reiche Beute fiel hier in unsere Hände. Am Sereth, in der Gegend von Mikalinsk, kämpfen unsere Abteilungen in erbitterter Schlacht mit dem Gegner, der um jeden Preis nach Westen durchzubrechen sucht. Unser Gegenangriff, unter Führung von Oberst Janulza entwickelt sich günstig. Wir erbeuteten hier bisher 23 Maschinengewehre und machten eine größere Anzahl Gefangene.

Brest-Litowsk besetzt

Der russische Heeresbericht vom 2. August meldet: Im Abschnitt von Komza besetzten wir Likotshau. Südwestlich von Bialystok erzwangen unsere Truppen nach hartnäckigen Kämpfen den Uebergang über den Karaw und setzten den Vormarsch nach Masowicz fort. Nach hartnäckigen Kämpfen besetzten wir am 1. August Brest-Litowsk, wobei wir Gefangene und Beute machten. Am Oberlauf des Star-Flusses finden hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge statt. Wir schlugen die Polen von den Anhöhen am rechten Ufer des Sereth-Flusses, südlich der Stadt Czortkow, und drängten den Gegner nach Westen. Im Krimabschnitt finden ähnerst hartnäckige Kämpfe zwischen dem Fluss Konstaja und Berdjonsk statt.

London, 3. August.

Ein Moskauer Junkspruch übermittelt folgenden bolschewistischen Heeresbericht: Wir haben Komza besetzt. Südwestlich von Bialystok haben unsere Truppen nach heftigen Kämpfen den Karaw-Übergang erzwungen und setzen ihren Vormarsch fort. Nach heftigen Kämpfen haben wir am 1. August Brest-Litowsk genommen.

Der Rückzug der Polnischen Armee

II. Bresthen, 4. August.

In den ober-schlesischen Grenzgebieten wächst die Befürchtung vor den zurückflutenden polnischen Truppen. Karawure und Deserteure nähern sich in großer Anzahl den Grenzübergängen und überschreiten sie. Von Deserteuren erfährt man, daß die polnischen Regimenter in voller Flucht und Auflösung nach der ober-schlesischen Grenze zueilen. Man erwartet ausreichenden Schutz durch die französischen Besatzungstruppen.

Die Bedingungen der Polen

II. Kopenhagen, 4. August.

Aus Warschau wird gemeldet: Nach einer Erklärung des Vize-ministerpräsidenten Majniski werden die Polen bei den Waffenstillstandsverhandlungen an folgenden Bedingungen festhalten: Polen gestattet den Bolschewiken nicht die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Eine Entwaffnung findet nicht statt. Als Demarkationslinie wird man die von Lloyd George festgelegte betrachten, jedoch werden sich die Polen auch mit einer durch die Stellung der Truppen zur Zeit der Unterzeichnung der Übereinkunft markierten Linie einverstanden erklären. Als Hauptbedingung für den Friedensschluß bezeichnet der Minister die Unberührtheit des polnischen Staates, sowie das Selbstbestimmungsrecht der zwischen Polen und Rußland liegenden Länder. Ein Sowjetregiment in Polen sei unmöglich.

Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen

II. Helsingfors, 4. August.

Aus Dorpat wird über die finnisch-russischen Friedensverhandlungen gemeldet, daß Rußland mit dem finnischen Vorschlag der Bildung einer Kommission zur Weiterführung des vorgelegten Zahlenmaterials einverstanden ist. Bezüglich der bevorstehenden Handelsbeziehungen zwischen Finnland und Rußland teilte ein finnischer Delegierter mit, daß Sowjetrußland einen Tauschhandel wünsche. Finnischerseits wurde die Unmöglichkeit der Eröffnung jeglicher Handelsverbindungen wegen der wirtschaftlichen Gefährdung der Sowjetrepublik erklärt. Die russischen Vertreter erklärten darauf, daß einzelne Handelsübereinkünfte von Fall zu Fall besprochen werden müßten.

Tatbereite Solidarität

Auf den Appell der Wiener Gewerkschaftskommission, über den wir in der Morgenausgabe berichteten, antwortete der internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam: „Wir unterstützen den Aufruf der österreichischen Kameraden auf das eifrigste. Wir haben die Gewerkschaftskommission in England, Frankreich und Italien veranlaßt, sofort bei ihren Regierungen vorstellig zu werden und alle Mittel in Anwendung zu bringen, damit das österreichische Volk vor neuem Elend geschützt wird.“

Die Verlustwirtschaft der Verkehrsbetriebe

B. A. Unter dem obigen Titel hat die „Frankfurter Zeitung“ einige Aufsätze gebracht, die sich im Anschluß an die gewaltigen Defizitziffern der Eisenbahn mit den Fragen der bestehenden Organisation auseinandersetzen und zu einem scharf ablehnenden Urteil kamen. Eine an der gleichen Stelle veröffentlichte Entgegnung des preussischen Staatsministers Deser, der in der kritischen Zeit die preussische Eisenbahnwirtschaft geleitet und zu verantworten hat, setzt sich mit der geübten Kritik in sehr sachlicher, eingehender Weise auseinander. Angriff und Verteidigung geben eine Reihe wichtiger Unterlagen für die Beurteilung der Verhältnisse und tragen dazu bei, daß die notwendige Erörterung über die betriebswirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Zustände innerhalb der Reichseisenbahn zu einer tatsächlichen Klärung über die zu ergreifenden Maßnahmen führen kann. Die gewaltigen Erfordernisse, die der große Verkehrsbetrieb mit seiner auf 15 Milliarden Mark veranschlagten Unterbilanz im laufenden Rechnungsjahre stellt, zwingen dazu, diese brennenden Fragen immer wieder aufzurollen. Sache der Eisenbahnfachleute ist es, die einzelnen Probleme genau zu prüfen und den fiskalischen Jopf, der sich überall hervor-drängt, bis an die Wurzel abzuschneiden.

Dabei darf allerdings kein Zweifel sein, daß — wie Herr Deser durchaus richtig betont und wie wir bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht haben — die von der „Frankfurter Zeitung“ in den Vordergrund gerückte Frage der Rentabilität kein ausschlaggebendes Moment bei einem vernünftigen Verkehrsbetriebe bilden kann, sondern daß die Tarifpolitik von den zentralen Interessen der gesamten Volkswirtschaft bestimmt und geleitet werden muß. Daß Verkehrsunternehmen ist Hilfsmittel der Produktion und der vor einiger Zeit unter dem Titel „Freie Bahnfahrt“ von Prof. Mehner in der „Kommunalen Praxis“ mit gewichtigen Gründen belegte Vorschlag der Freifahrt auf Eisen- und Straßenbahn trifft in diesem Sinne durchaus den Kern des Problems, obwohl man zu anderen Teilen seiner Argumentation in Ablehnung stehen kann. Die Verwirklichung eines derartigen Gedankens aber kann unserer Meinung nach nur in der sozialistischen Gesellschaft erfolgen, in der die Steigerung der Produktivität zum bestimmenden Faktor der gesamten Wirtschaftspolitik geworden ist, die der Bedarfsbefriedigung der Volksgemeinschaft zu dienen berufen ist.

Diese Stellungnahme gegen eine wirtschaftspolitisch falsche, von rein fiskalischen Gesichtspunkten bestimmte Tarifpolitik hat aber nichts mit unserer sehr entschiedenen und vertretenen Forderung nach der höchsten Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu tun. Was Herr Deser selbst in dieser Beziehung darlegt, gibt eine Vorstellung von der verfehlten Organisation des Arbeitsbetriebes und jagt jedem Menschen, der sich jemals mit derartigen Dingen beschäftigt hat, kalte Schauer über den Rücken:

„Es hat mich als wirtschaftlich orientierten Mann geradezu zur Verzweiflung gebracht, daß die einfachsten rechnerischen Dinge, ohne deren Kenntnis ein kaufmännisches Vorgehen allerdings schwer ist, hinter einem dichten Schleier zu liegen schienen. Ich stieß zuerst bei den Werksstätten darauf. Die genaue Berechnung der Selbstkosten einer Reparatur ließ sich natürlich nicht erzielen, aber es erriet sich überhaupt als unmöglich, die eine Werksstatt wirtschaftlich mit einer anderen in Vergleich zu setzen. Gewiß, es war verzeichnet, welche Werkstoffe sie erhalten hat, wie groß die Beschäftigung und wie hoch deren Lohn, wieviel Wagen oder Lokomotiven sie ausgebessert hat und welcher Art die Ausbesserung gewesen. Aber ob sich die Arbeit in dieser Werksstatt vorteilhafter stellte als in jener — das konnte man vielleicht instinktiv fühlen, schwer aber nachweisen. Davon hing es aber doch ab, ob nicht diese oder jene Werksstatt wegen ihrer veralteten Einrichtung nicht besser zu schließen und durch neue zu ersetzen sei. Dieses Frage taucht bei den Lokomotiven auf, ob nicht veraltete Typen angesichts der hohen Kohlen-, Öl- und Personalkosten mit größerer Wirtschaftlichkeit durch neue zu ersetzen sind. Wieviel kostet der Lokomotivkilometer vor dem Personal- und vor dem Materialerwerb mit dieser und mit jener Lokomotive? Welches Rangiersystem stellt sich am billigsten? Ist es möglich, einen Direktionsbezirk in wirtschaftlicher Hinsicht mit einem anderen zu vergleichen und festzustellen, warum hier relativ billig und dort relativ teuer gearbeitet wird? Wenn ich feststelle, daß auf diese und viele ähnliche Fragen eine exakte Antwort nicht zu erhalten ist, so werden Geschäftsleute darob vielleicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, aber es ist notwendig, diese klaffenden Lücken anzudecken, um zu zeigen, in welcher Richtung sich die Neuorganisation zu bewegen hat.“

Die Erzielung höchster Wirtschaftlichkeit in unserem Sinne hat natürlich nichts mit einer verschärfsten Ausbeutung des Personals, Abbau des Arbeitsentages und dergleichen zu tun, sondern bedeutet die strengste Wahrung wirtschaftlicher Gesichtspunkte bei der Materialverwendung, Reparaturleistung, die Verwendung der sparsamsten Maschinen, Ausschaltung der hohen Kosten verursachenden, unweidmähigen Zugzusammenstellung im Güterverkehr, das Vermeiden des Verfahrens von Umwegen usw. Die Rationalisierung des gesamten Eisenbahnbetriebes nach streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist in einer kurzen Formel ausgedrückt die kaufmännische und technische Aufgabe, die sich daraus ergibt.

Daß diese Wirtschaftlichkeit des Betriebes jedoch eng zusammenhängt mit der Stellungnahme des Beamten und Arbeiters zu diesem gewaltigen Staatsunternehmen ist eine

Sinsenwahrheit, die aber stets eminent betont werden muß, weil in weiten Kreisen noch immer nicht das Verständnis für die Bedeutung dieses wichtigen psychologischen Faktors vorhanden ist. Was vom Staatsminister Defser in dieser Beziehung gesagt wird, verdient das Hauptmotto: „Wenn man es hört, möchte's leidlich scheinen“, doch die gegen die Arbeiter- und ihre Vertrauensmänner gerichtete Aufstellung der Werkstätten, deren politische reaktionäre Ausschaltung der Minister gar nicht mehr bestreitet, hat gezeigt, daß ein volles Verständnis für diese Frage bei der Eisenbahn ebenso wie bei den anderen Staatsunternehmen durchaus fehlt.

Die Auslösung und Nutzung der Kräfte, die aus den Reihen der Arbeitnehmer zur gemeinwirtschaftlichen Betätigung empordringen, wird von den fiskalischen Betrieben zum Teil noch mehr gescheut, als von der Privatindustrie. Die Bestellung von Autorität, abgestempelter Bildungsgang und behördlicher Stufenleiter ist in den Köpfen der meisten Beamten noch so stark, daß sie eine gewaltige Abneigung vor Betriebsräten und ähnlichen „revolutionären“ Einrichtungen haben. So kommt es, daß die Empfindung, dem Gemeinwohl zu dienen, die in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben tätigen Menschen geweckt und entwickelt werden sollte, bis heute nicht erreicht worden ist, und unter den jetzigen Formen der Betriebsführung auch nicht herbeigeführt werden wird. Das ist ein Fehler, der nur durch eine gründliche Reform beim leitenden Personal beseitigt werden kann, weil es unmöglich ist, Menschen, die in der militärischen Denkweise aufgewachsen sind, zu einer innerlich neuen Einstellung zu bringen.

Aufgabe der Betriebsräte bei den Staatsunternehmen, in den Reichs- und Kommunalbetrieben aber ist es, sich ein erweitertes Mitbestimmungsrecht in dem Sinne zu erkämpfen, daß sie sich nicht auf die Wahrung enger Eigeninteressen beschränken, sondern die Notwendigkeiten der Gesamtheit zur Richtschnur ihres Handelns machen.

Ein Punkt aber, auf dem Minister Defser bei der Frage der Unterfinanz nur kurz hinweist, der aber für unsere Betrachtung ganz im Vordergrund steht, muß in diesem Zusammenhang noch einmal betont werden, obwohl wir bei verschiedenen Gelegenheiten bereits darauf hingewiesen haben. Eine vom finanziellen Standpunkt gesunde Verkehrspolitik kann nur betrieben werden, wenn nicht nur das reine Verkehrsunternehmen im Gemeinwohl ist, sondern die Urprodukte, deren es zum Betriebe bedarf. Ohne die Sozialisierung der Kohlen- und Eisenindustrie, die eine gemeinwirtschaftlich orientierte Produktions- und Preispolitik in diesen Zweigen der Industrie ermöglicht, ist die Eisenbahn auf die Zahlung der hohen Preise der Schwerindustrie angewiesen. Von den hohen Preisforderungen dieser Industrie aber, von der Deutschlands Wirtschaft in starkem Maße abhängt, wird auch der Stand der gesamten Lebenshaltungskosten, also auch der Lohnsatz, bestimmt. Wenn Kohle 16—20 mal so viel wie im Frieden kostet, Eisenbahnmateriale sogar das Dreifache bis Fünffache der Vorkriegsnote, dann kann bei einer Steigerung der Tarife auf das Fünffache selbst bei strengster Wirtschaftlichkeit des Betriebes keine bezifferte Rechnung vorgelegt werden. In dieser Trennung eng verbundener Wirtschaftsfaktoren liegt der grundsätzliche Fehler. Erst wenn die Sozialisierung dieser wichtigsten Industrien durchgeführt ist, können die Verkehrsbetriebe wirklich in die richtige Stellung innerhalb der modernen Wirtschaft gebracht, zu einem Instrument der Produktionssteigerung ausgestaltet werden.

*) U. a. „Straßenbahn“ in der Zeitschrift „Der Sozialist“.

Amerikanische Weizenpreise. Die amerikanische Weizenenergie wird günstiger sein, als die bisherigen Schätzungen erkennen ließen. Infolgedessen sind die Preise gefallen. Während am 20. Juli Weizen „per Dezemb.“ in Chicago 2,75 Dollar per Bushel kostete, kostete er am 27. Juli nur noch 2,55 Dollar. In deutschem Gelde sind das pro 1000 Kilo bei einem Kurse von 41 Mt. pro Dollar 3540 Mt.

Die „Erste bolschewistische Olympiade“. Laut Moskauer Funkbericht hat am 1. August in Orel die „Erste bolschewistische Olympiade“ begonnen. An diesem kommunistischen Sportfest großen Stils beteiligten sich nach Moskauer Behauptung über 200 Sportverbände, Klubs, Pfadfinder und besonders kommunistische Turnabteilungen.

Volkshöre

Von Hermann Sacherh.

Die Musikwelt war in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einem Gekochten geworden, das eigentlich nur einzelne, mehr oder weniger Eingeweihte anging. Selten sind Zeiten so reich an künstlerischen Leistungen gewesen, von denen jede einzelne ein ganz spezielles Verständnis ihrer Eigenart zur Voraussetzung hatte. Hier tritt naturgemäß von selbst eine immer schärfere Scheidung zwischen Künstler und Kunstliebenden ein: der Künstlerpersönlichkeit wird die Kunst immer mehr bloßes Mittel sein, sich mitzuteilen. Der Zuhörer soll aufnehmen, den ungewöhnlichen Künstlermenschen begreifen und verstehen lernen.

Wie diese Entwicklung nur möglich geworden war, in jenem hohen Blütestand der kapitalistischen Welt, die sie zum Nährboden hatte, so mußte mit dem Zusammenbrechen dieser kapitalistischen Welt auch sie selbst in ihren Grundlagen erschüttert werden. Bis zu der Katastrophe des Weltkrieges hatten die Künstler ihre künstlerischen Angelegenheiten nie etwas im Grunde nur sie angehtes unter sich allein ausgeglichen. Ihr Publikum setzte sich zum größten Teil aus Schichten zusammen, die den Künstler als eine Art Luxuserscheinung an sich werteten. Die daneben bestehende Volkshörerbewegung konnte keine wirkliche Reform bedeuten: Es handelte sich hierbei um eine Art von Konsumverwandtschaft, die wirtschaftlich wenig bemittelte Kreise, die im großen und ganzen ohne bestimmenden Einfluß auf Kunst und Künstler blieben.

Dies Bild hat sich mit einem Schlage verändert, als nach dem Zusammenbruch durch die großen wirtschaftlichen Veränderungen die Massen anfangen, bestimmend in den Vordergrund zu treten. Dadurch wurden sofort andere Ideale, andere Arten der Kunstausübung zur Entwicklung gebracht. Die Masse als solche hat wenig mit den verwirrenden Problemen der Kunst zu tun, sondern mit den verwirrenden Problemen der Kunst zu tun, sie kann vor allem nicht nur aufnehmen, den mehr oder weniger merkwürdigen Leistungen der einzelnen Künstlerpersönlichkeit lauschen. Der Sinn einer Kunst für die Masse kann nur der sein, daß sie selbst sich schöpferisch betätigend einpreist, daß ihr Gebotene aus einer Kunst für die Masse, zu einer Kunst der Masse umgewandelt. Unsere Zeit ist eben eine solche, in der das Allgemeinheitsgefühl als schöpferisches Moment wieder volle Wirksamkeit gewinnt. Wir kennen aus der Geschichte solche Kunstentwicklungen der Masse. Als höchste Keimform sind wohl die altägyptischen Festspiele zu werten, wo jeder Einzelne als schaffendes Moment an und in dem Aufbau des ganzen Festes mitwirkte. Auch die protestantischen Kirchenversammlungen in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege bieten Ähnliches: der Choral als alle vereinende einfache Kunstform kommt zur vollen Ausprägung. Und nun in unseren Tagen! Der Einzelne ganz ausgeglichen in der ungeheuren Zusammenballung mit vielen anderen, will nicht mehr Bekanntheit entgegennehmen, dem Künstler zuhören, sondern selbst gestalten, selbst auslegen, was ihn und all die ihm verbundenen Einzelnen erfüllt. Dazu braucht er keine Instrumente, keine besondere Technik: nur

Das Entwaffnungsgesetz

Einige Feststellungen

Das Entwaffnungsgesetz findet die ungeteilte Zustimmung der bürgerlichen Presse. Von der „Post“ bis zur „Vossischen Zeitung“ wird zugleich eine große Hege gegen die Unabhängige Partei inszeniert, weil sie dem Gesetzentwurf geschlossenen Widerstand entgegensetzt und ihn als das bezeichnet, was er wirklich ist: ein Ausnahmegesetz gegen das Proletariat. Um den wahren Sachverhalt reden sich dabei alle Blätter herum. Die Tatsache, daß die Waffen, welche nach dem Friedensvertrag nicht abgeliefert oder vernichtet worden sind, von der Regierung und der Reichswehr an die Reaktion verschoben wurden, wird geschildert verschwiegen. Wo stehen denn die 1,9 Millionen Gewehre, die 8400 Maschinengewehre, die 4000 Minenwerfer, die Geschütze, Flugzeuge, Handgranaten und die Berge von Munition, über die das Reichswaffenministerium „keine Auskunft“ geben kann? Niemand wird ernsthaft zu behaupten wagen, daß die Behauptungen des Reichswaffenministeriums für diese ungeheuren Mengen von Kriegsgüter nicht lügenhaft sind. Sie stehen auf den Klischené der Junker, sind zum Teil in den Wäldern vergraben, lagern in Kisten verstaubt in den Fabrikanlagen oder sind äußerlich aufgestapelt in den Depots der Einwohnerwehr und der Zeitfreiwilligen. Die Regierung kennt die geheimen Waffenlager ganz genau, sie selbst hat für ihre Anlage peinlichste Sorge getragen. Wenn sie sie ausheben lassen wollte, bräuhete sie dazu kein besonderes Gesetz, sondern die geltenden Bestimmungen würden vollaus genügen, die verschobenen Waffen zu erfassen. Das aber will die Regierung, will vor allem Herr Seck nicht. Sie will, um vor der Entente den Schein des Rechtes zu wahren, einige hundert Arbeiter, bei denen vielleicht ein verrosteter Revolver gefunden werden könnte, ins Zuchthaus bringen, die großen Waffenlager der Reaktion aber unberührt lassen, wie sie es auch bisher getan hat. Das sind die Tatsachen, für die die praktische Anwendung des Gesetzes recht schnell die unwiderlegbaren Beweise erbringen wird. Die einseitige Handhabung des Gesetzes ist es, die die für die Arbeiterschaft so großen Gefahren in sich birgt. Das sieht z. B. auch der General v. Döfler ein, der sich in der „Frankfurter Zeitung“ scharf gegen das Entwaffnungsgesetz wendet. Er schreibt dort u. a.:

Vor uns steht die unumstößliche Tatsache, daß eine gewalttätige Entwaffnung praktisch aussichtslos, mit ihren Begleiterscheinungen aberaus gefährlich ist, und nur freiwillige Waffenabgabe zu einem immerhin denkbaren Erfolge führen kann. Dazu muß man verstehen und instand sein, das Interesse und die Mitwirkung im Volke zu wecken. Dazu gehört weiter die Androhung und Vollziehung härtester Strafen nach bestimmter Frist für Nichtwillige mit einzelnen Stichproben durch Einzelhausdurchsuchungen an Verdachtsstellen. Aber diese Stichproben und Strafen müssen einleuchtend und überzeugend ohne Ansehen der Person durchgeführt werden. Es darf sich unter keinen Umständen wiederholen, daß Rappelerbrecher verschwinden, daß aber die Rechtsprechung anderswo wirksam bleibt und daß überdies die Milderheit durch ihre Wirken in manchen Fällen den Eindruck der Einseitigkeit hervorruft. Deshalb darf keine Hausdurchsuchung eine militärisch geleitete und durchgeführte Maßregel werden. In solchen einzelnen reicht voranschreitend die Polizei aus. Zur ganzen Maßnahme brauchen wir keinen „Rechtsminister“.

Das sind Gedankengänge, denen sich vor allem die sogenannte demokratische Presse nicht verschließen sollte. Sie stimmt statt dessen in das Hehonzert der reaktionären Blätter ein. Die „Vossische Zeitung“ hat sogar den Mut, von der heutigen Demonstration im Lustgarten zu behaupten, die Massen würden, ähnlich wie am 13. März, durch „irreführende Darstellungen auf die Straße gelockt“. Möglich, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist, es möge wieder zu einem Blutvergießen kommen. Die Arbeiterschaft wird ihn durch ihr ruhiges Verhalten zunichte machen.

„Sportsleute“ gegen „Bolschewisten“

Die „Tägliche Rundschau“ vom 2. August (Abend) meldet: „Zu den leichtathletischen Wettbewerben des Baltischen Raftens- und Winterportverbandes in Danzig waren die Königsberger Vereine wegen der durch die bolschewistische Gefahr veranlaßten Alarmbereitschaft der Sportsleute nicht erschienen.“

Diese Nachricht ist in verschiedener Hinsicht interessant. Erstens zeigt sie, daß die bürgerlichen Sportvereine nichts weiter als ein Refektor der nationalistischen Reaktion sind. Zweitens geht klar daraus hervor, welche Zustände in Ostpreußen herrschen, wo unter Leitung des Oberappellanten von Danzig schon die Sportsleute in Alarmbereitschaft gegen die „Roten“ gerüstet werden — natürlich ohne Waffen!

Reaktionäre Gespenster

Die Berliner Universität beging am Dienstag den Friedrich-Wilhelms-Tag. Dies ist eine in periodischen Abständen am stiftungstündigen Feiertag Erinnerung an den Geburtstag der Hohenzollern-Dynastie, den wohlwolligen Trottel Friedrich Wilhelm III. Herr Gehobener Regierungsrat Professor Dr. Eduard Meyer hielt eine Festrede. Er konnte sich noch einmal in den Strahlen seiner eingebildeten Bedeutung, bald wird er nicht mehr Rektor sein. Noch einmal benutzte er die Gelegenheit, um der Menschheit seine rechtskonservativen Gesinnung zu offenbaren. Die gegenwärtige Zeit nannte er pathologisch gährend, an wirklichen Gedanken entsetzlich arm. Die wissenschaftliche Erziehung zum selbständigen Denken zu übermitteln und zum Abschluß zu bringen, sei Aufgabe der Universitäten. Die höchste Zeit zum selbständigen Denken könne nie Gemeingut werden. Aber die neue Zeit werde sich gegen alles, was selbständig, energiegelad, national und daher „positiv deutsch“ sei. Also auch gegen die Universitäten in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit. Alles das spezifisch Deutsche soll ausgerottet und durch die „Einde der farblosen Homogenität und der totalen Faß“ ersetzt werden.

Der „große Geschichtsprofessor“ ist in seiner entsetzlichen Gedankenarmut nicht in der Lage, den Gedanken der Zeit des Unstettes, in der seine Rektorstelle zu Grunde geht, zu begreifen. Die Universitätsreform ist nur ein bescheiden kleiner und abendreich verflämmerter Teil dieses Gedankens. Mit der Wut eines gereizten Stieres und mit dem Gepolter der Greisengastigkeit kumpelt er dennoch gegen sie an. Die Möglichkeit der Ergänzung zum selbständigen Denken darf um Gotteswillen nicht Gemeingut werden. Sie muß vorbehalten bleiben einem kleinen Schicht, damit sie sich an Wissen füge und damit ihre Herrschaft über die Massen fester begründe, denen Herr Professor Meyer die Einde der farblosen Homogenität der Fabrik gewiß nicht streitig machen will.

Deutsche Professoren gegen uns als Gespenster der Vergangenheit.

Unter Bezug auf die Rede Meyers wird uns noch geschrieben: Und nun hört Arbeiter, vernehmt, was sich die deutsche Studentenschaft in der Reichshauptstadt, auf der die Blinde der Welt ruhen, geleistet hat: Auf dem Dach der Universität hat sie die schwarz-weiße Fahne gehißt. Ist es nicht offene Konterrevolution, auf einem Gebäude, das dem ganzen deutschen Volke gehört, die Fahne der Kapsel aufzuheben? Ist die deutsche Studentenschaft mit diesem Akt nicht außerhalb der Verfassung gestellt, die sie doch im Ruhrgebiet, Marburg usw. zu schützen vorgab?

Saenisch und der Fall Siemens

Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen von Deutschland und Deutschösterreich hatte, wie wir berichteten, an den Kultusminister Saenisch eine längere Petition eingereicht gegen das Senner Urteil gegen unseren Genossen August Siemens gerichtet, worin das Senner Urteil ein „Urteil der Klassenjustiz und des Haßes“ genannt wird.

Wie die „B. V. N.“ erfahren, hat Kultusminister Saenisch am 30. Juli dem Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen folgende Antwort gelandt:

Ihre Zuschrift vom 24. d. M. habe ich erhalten. Gleich Ihnen bebaure ich lebhaft, das Senner Urteil, gegen den Oberlehrer Dr. Siemens gefällte Urteil des Senner Landgerichts, wenn ich selbstverständlich mir auch in meiner Stellung als Minister in der Bewertung dieses Urteils die äußerste Zurückhaltung auferlegen muß, und wenn ich mir auch natürlich nicht den geringsten Zweifel daran erlauben darf, daß dieses Urteil nach bestem Wissen der beteiligten Richter gefällt worden ist. Die Beurteilung des Oberlehrers Dr. Siemens vermag in keiner Weise meine Berücksichtigung seiner hohen menschlichen und pädagogischen Qualitäten zu ändern. Es versteht sich, daß auch die weitere Verwendung des Herrn Dr. Siemens im preussischen Schuldienst durch seine Beurteilung in keiner Weise berührt wird.

Waffenraub. In der Nacht zum Sonntag griff eine etwa 70 Mann starke Bande die Wachtposten des Kriegsgeschwaders in Altdamm an, bemächtigte sich ihrer Gewehre und drang in das Lager ein, aus dessen Waffenkammer noch weitere 20 Gewehre mitgenommen wurden. Die Hauptwache des Lagers erhöhte das Feuer und vertrieb die Eindringlinge, die die Gewehre fortwarfen und entflohen.

das edelste Instrument, das als beherrschendes, das ihr von ihnen unabtrennliches Eigentum ist, die menschliche Kehle. Der ungeheure Aufschwung, dem wir jetzt in der Arbeiterbewegung miterleben, ist nicht nur eine Folge der größeren Befreiung durch verkürzte Arbeitszeit. Nein, die Masse als solche will Kunst gestalten, die großes Einheitsgefühl erleben, im Chorgesang sich selbst und alle anderen umfassen. Das ist der Sinn dieser Bewegung, darin liegt ihre große umwälzende Kraft: wir werden zu einer neuen einfachen Monumentalkunst kommen; der Künstler als Luxuswesen, dessen Reiz in gesteigertem Individualität beruht, wird verschwinden. Damit muß sich zugleich der Charakter der Kompositionen ändern. Das große Aufstehen jedes Einzelnen in der vom schöpferischen Taumel erfassten Masse, das von dieser stehenden, gestaltenden Masse auf die Zuhörenden erschütternd und hinführend überspringt, wird das Kennzeichen der neuen Kunst sein.

Volkshöre, Massenhöre. Nicht in dem Sinn, in dem das Wort Volkshöre bisher galt, als Bezeichnung für eine Vereinerlichung singender Menschen, deren Ehrgeiz es war, es den auf Grund ihrer wirtschaftlich besseren Lage künstlerisch vorgebildeten bürgerlichen Chören gleichzutun; sondern Volkshöre als Zusammenfassung aller von dem ungeheuren Sturm der „erfahrenen“ Menschen, die sich von ihrer gemeinsamen Erschütterung durch künstlerische Gestaltung mit Hilfe des allen angeborenen Instruments, ihrer Stimme, befreien müssen.

Der Krieg und das lettische Mädchen

Von Ferdinand Körberger (1870).

Ein Volkslied aus alten Zeiten, das will mir nicht aus dem Sinn! Zwischen den Krokodilströmen der Solferinototenfelder und der Hyänenpolitik, die ihren Rachen jenseits nach neuen Solferinos aufbietet — flingt mir ein altes lettisches Volkslied im Ohr. Singe, wem Gesang gegeben, und wahrlich, dem lettischen Landmädchen war kein schlechter Gesang gegeben, als sie ihren armen toten Franz besang. Sie sang nicht bei Solferino unter dem Gesandenscharren aller Humanitäts- und Kulturstaat, ihr Gesang war daher echt. Er war so echt, daß ich ihn nicht einmal in Versen habe. Ich habe ihn nirgends gefunden, wo man „Poeten“ findet, die mit der offiziellen Angabe dieses Titels sich schmücken. Wenn hätte die Poete der Poeten bedurft?

Das lettische Mädchen hatte einen Liebhaber und der Liebhaber war in der Schlacht gefallen. Eine alte Geschichte! Was aber weniger alt, sondern ziemlich neu ist, das sind die Worte des Mädchens bei dieser Gelegenheit. Wenn das gebildete Stadtmädchen ihren Premierleutnant „dem Vaterlande opfert“, so ist das sehr tragisch, sehr interessant und die Feiern der Gans schilleren in einem so durchaus geschmackvollen und disziplinierten Trauermärenlied, daß die Gänzerie, in heller, beherzelter Begeisterung darüber, doppelt „edelmütig“ sich in den Kampf stürzen“, wobei die Wirtschaft von Gans und Gänzerie sich treff-

lich verweigert und der moderne Humanitäts- und Rechtsstaat doch auch leben kann, denn diese beherzelteren Mode- und Trauerwarentrännen sind Tau und Regen auf seine Kriegsbudgets. Das lettische Mädchen dagegen war eine ungebildete Person, denn sie sang garnicht beherzelter und waterländisch und verdienstmedaillensah, man findet daher ihren Gesang in keiner Blumenlese unserer Krieger-, Priester- und Kaufmannen, die doch so Blumenlesen für ihre „gebildete Jugend“ haben. Ich fand ihn in einem altmodischen, laugl ausgefalteten Buche, in „Hippels Lebensläufen“, und zwar zu hinterst unter den Beilagen. Franz also war „fürs Vaterland gestorben“ und seine „Brant in Tränen“, welche keine Ahnung hat, wie ein gebildetes Fräulein „ihren Schmerz edelt“, wirft die dankbare Situation, dem Vaterland sein Teuerstes geopfert“ zu haben, sagt vor die Schwärze, denn sie macht ihrem Franz keinen anderen Nachruf als diesen: „Dein Leben gehört Gott, dir und mir, und keinem von uns gibt du es, du bringst es dem Vaterlande! Kennst du dies Angeheuer? Ich kenne es nicht, ich mag es nicht, ich will es nicht kennen, dieses blutdürstige Tier, das seinen Weg mit Menschenblutern pflastert, um weils zu treten, und an verwirrten Federn und ausgebrannten Wäldern seine Lust hat. Vaterland, wir hüpflich bist du! Auch meinen Geliebten hast du auf der Seele — wenn du eine Seele hast! Vaterland, du wohnst in einer Würdengrube! Franz, wie konntest du dich verleben lassen? Ehre! Was ist Ehre? Weist du es? Ich weiß es nicht. Man spricht von meiner jugendlichen Ehre; aber war' sie noch, wenn ich sie hinwegließe? Was für ein Ding ist deine Soldatenehre, die du erst hast, wenn du dich selbst nicht mehr hast, die du erst bekommst nach deinem Tode? Kann man nach seinem Tode noch etwas bekommen? Weißt dieser Fels, wenn ich lauge: ein schöner Fels und richtet die abgehauene Lanze sich in die Höhe, wenn ich lauge: ein trefflicher Baum? Hören wir, wenn wir gestorben sind? Und was ist Ehre, wenn wir sie nicht hören können? Du hast falsch Geld eingewechselt, Franz, schäme dich, daß du gestorben bist!

Hört man das an, so wird einem augenblicklich zumute, als könnten Gans und Gänzerie aufhören und mühten anfangen Menschen zu werden. Daher nennt man es auch Volkspoesie, zum Unterschied von der Poetenpoesie, wo einem nicht so zumute wird. Die Poetenpoesie ließe doch reden mit sich. Sie würde beklammern gegen den „Krieg“ — was sehr schön ist; gegen den „Kabinettkrieg“ — was noch schöner ist; gegen die „Schlachtbaut“, auf welche die „mündig gewordenen Völker von der Wälder der Fürsten nicht mehr sich schleppen lassen“ — was am allerhöchsten ist. Die Poetenpoesie hätte daher wohlweislich gesagt: Krieg, wie hüpflich bist du! Krieg, du wohnst in einer Würdengrube! Dabei wäre alles in Ordnung geblieben. Die schließlichen Dinge: Krieg, Kabinettkrieg, Schlachtbaut, läßt man sich verstehen hinter ein schönes Ding, genannt Vaterland; jene soll man schonungslos an, dieses behandelt man mit Achtung — und so macht sich die Sache. Man ist modern und human gewesen und dabei kann doch auch die hohe Generalität, das hohe Militärbudget, der geistliche Aagen und die besternte Brust

Die Sozialisierung des Bergbaues

Internationaler Bergarbeiterkongress

Genf, 3. August.

Gaßl (Tschekoslowakei) erklärte, daß die Tschekoslowaken der Frage der Sozialisierung große Bedeutung beimessen, da auch in der Tschekoslowakei die Kohlenproduktion um 30 Prozent zurückgegangen sei. Die Tschekoslowaken lehnten aber die Verstaatlichung ab, da damit unabwendbar die Bureaucratie verbunden sei. Dagegen wünschten sie die Sozialisierung verbunden mit der Bergwerke, d. h. eine Verwaltung der Bergwerke durch die Vertreter der Arbeiter, der Verbraucher und des Staates. Die tschechoslowakischen Delegierten stellen von neuem den Antrag, daß die Bergarbeiterorganisationen sich verpflichten sollten, überall die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke anzustreben. Die zu bildende Körperschaft, bestehend aus Vertretern des Staates, der Arbeiter und der Verbraucher müsse verpflichtet werden, jede Ausbeutung der Bergwerke auszuschalten, die Erzeugung zu steigern, die Preisfestsetzung und die Verteilung der Kohlen vorzunehmen.

Bartul (Frankreich) erklärte, die Franzosen seien mit den von Hodge ausgesprochenen Grundsätzen über die Nationalisierung der Bergwerke einverstanden. Die Bergwerke müßten in Gemeineigentum übergeführt werden. Bartul sagte ferner: Wir glauben nicht, daß die Forderung der Deutschen auf Einführung eines internationalen Kohlenrates sich durchführen läßt, bevor nicht die Sozialisierung der Bergwerke in den einzelnen Ländern durchgeführt ist und damit eine internationale Verteilung der Kohlenproduktion. Die Einführung des Kohlenrates unter kapitalistischer Mitwirkung hat nur die Folge, die Arbeiter ihres Einflusses auf die Kohlenproduktion zu berauben. Eine Einigung läßt sich auf dem Kongress leicht erzielen, da über die grundsätzliche Notwendigkeit der Sozialisierung Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Notwendig aber ist, daß der Kongress nicht nur Resolutionen faßt, sondern daß die Bergarbeiter zu einer praktischen Aktion übergehen. Wenn sie geschlossen vorgehen, so stellen sie heute

die stärkste wirtschaftliche Macht der Welt

dar. (Beifall.)

Zwanziger (Österreich) erklärte, daß die österreichischen Bergarbeiter ebenfalls die Sozialisierung beantragen. Sie machten aber darauf aufmerksam, daß die Österreicher eine getrennte Aktion unter den Umständen vornehmen könnten, da die Regierung unter dem Druck der Arbeiter sich gegen die Sozialisierung ausgesprochen habe.

Nachmittags-sitzung.

Der amerikanische Delegierte Page erklärte für die amerikanische Bergarbeiter die Nationalisierung eine vollständige Kontrolle der Kohlenproduktion durch den Staat. Die amerikanische Delegation könne nicht zugeben, daß die Bergwerke dem Staat gehören und von ihm ausgebeutet werden. Die Erfahrungen in Amerika während des Krieges seien durchaus nicht günstig und ermutigen nicht zur Nationalisierung. Page befürwortete Kontrollmaßnahmen der Regierung im Bereich mit den Bergarbeiterorganisationen gegen die Verschwendung der Arbeitskräfte und der Kohlen.

Combarb (Belgien) betonte, daß mit der Forderung auf Sozialisierung erklärt werden muß, daß die Bergwerke nur gegen eine Entschädigung an die bisherigen Besitzer in den Besitz der Allgemeinheit übergeben könnten. Präsident Gaßl und der Abgeordnete (England) schlugen vor, eine grundsätzliche Abstimmung darüber vorzunehmen, daß der Kongress die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke verlangt. Ueber die Durchführung der Aktion hätte das Internationale Komitee näher Beschlüsse zu fassen.

Bartul (Frankreich) schlug dagegen vor, daß der Kongress sich auf ein bestimmtes Aktionsprogramm einigt. Es müßte ein bestimmtes Zeitraum festgesetzt werden, innerhalb dessen die Nationalisierung oder Sozialisierung durchgeführt werden müßte. Wenn nach diesem Zeitraum das Ziel nicht erreicht sei, so müßte das Internationale Komitee eine einheitliche Aktion anordnen.

Der englische Delegierte Smillie warnte davor, schon jetzt ein bestimmtes Aktionsprogramm zu beschließen, da die englischen Delegierten ihre Zustimmung dazu nicht geben könnten, bevor nicht die Frage der Nationalisierung geregelt sei. Auch der deutsche Delegierte Hue vertrat einen ähnlichen Standpunkt. Schließlich gelangte die folgende von der englischen Delegation vorgeschlagene Resolution einstimmig zur Annahme:

Der Kongress beschließt, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten, ebenso für die Beseitigung der kapitalistischen Besitzrechte und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergbauindustrie durch die Vertreter der Arbeiter, der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten. Der Sekretär jeder angeschlossenen Organisation wird dem Internationalen Bureau in jedem Vierteljahr über die Fortschritte, die in jedem Lande zur Erreichung dieses Zieles gemacht werden, Bericht erstatten.

loben! Wie aber, wenn man den schändlichen Dingen ihre letzte Waage herunterreißt und das Ding gerade bei seinem Namen nennt? Vaterland, wie häßlich bist du! Vaterland, du wohnst in einer Nördegrube! Da hört sich alles auf. Vaterländische Liebe, väterländische Verdienstmehdalle, alles. So plump kann nur eine lettische Bauerndienerin sein. Wahrscheinlich hat sie auch gar kein Vaterland — nämlich keine väterländische goldene Verdienstmehdalle.

Ich habe sie daher statt im Verdacht, daß sie auch nicht „verfassungstreu“ ist. Alle Verfassungsurkunden aller anständigen Kulturvölker sagen nämlich, ehe sie ihre übrigen schönen Sachen sagen, gleich zuerst und im Paragraph Eins: Der König hat das Recht, Kriege anzukündigen und Frieden zu schließen. Diese schöne konstitutionelle Bestimmung würde das lettische Mädchen in ihrem toten Jern wahrscheinlich so formulieren: Der König hat das Recht, auch umbringen zu lassen; hierauf kommen eure Volkrechte. Das schmeckt nach Hochverrat, nämlich nach Revuebill, und damit kommt man freilich nicht in eine Blumenlese für die gebildete Jugend, sondern höchstens — in die Allerworstadt Nr. 1. Der Hochverrat dürfte auch sonst außer Zweifel stehen. „Franz, wie kommst du dich verhalten lassen!“ Wenn man bei einem Soldaten den Ausdruck „verleiten“ hört, so hat das nur einen Sinn: zum Treubruch verleiten. Hier aber heißt es: Zur Fahnenflucht verleiten! Welche Grundzüge hat dieses Mädchen! Und wenn dieser ganze Radikalismus wenigstens noch „moderner Fortschritt“ wäre! Aber das ist eine Entfindung des Wortes „radikal“ und vor der „Rundigewand“ der untersten „Volksschichten“: verdrückt mich am meisten. Diese lettische Volksgeschichte kommt mir verflucht mündig vor!

„Schäme dich, Franz, daß du gestorben bist!“ Hat der moderne Fortschritt dem Militärstande so etwas Stärkeres gesagt? Während dieser mit großem Applomb sein Bett der Ehre“ sich aufstellet, muß er sich von einem einfachen Landmädchen lassen lassen: Schäme dich, daß du hier Bettgeder bist! Ich bin doch auch ein gebildeter Mann, habe die Protokolle aller Brüsseler und Genfer Friedenskongresse studiert, habe mich mit der vereinigten Weisheit von ganz Europa soziam gefestigt; aber so imponiert hat mir nichts. Was sie auch immer jagt, sie sagen es mit Pathos, mit Affekt, mit Deklamation; während diese Lettenmädchen es ganz unschuldig herausragt: Schäme dich Franz, daß du gestorben bist. Wo bleiben die Ehrensoldaten und zertrümmerten Henschelweiben, wenn die nächsthöcste Bauerndienerin solche Reden hinwirft und zwar nur im Vorbeigehen, nicht einmal in einem Reographierten Protokoll und vor den „besten Männern“ Europas.

Der Mensch bedarf des Menschen sehr zu seinem großen Ziele, nur in dem Ganzen wirkt er; Viel Tropfen geben erst das Meer, viel Wasser treibt die Mühle.

Schiller, Die Malswaisen.

Wie noch gemeldet wird, nahm der Kongress in der Nachmittags-sitzung weiter die Berichte der einzelnen Delegationen entgegen über die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse in ihren Ländern. Dabei verweist der Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes auf die außerordentliche Teuerung, unter der die deutschen Bergleute zu leiden haben. Eine Besserung ihres Loses hänge nicht allein von Deutschland ab, sondern in viel größerem Maße von der Haltung der Entente. Eine Besserung der Ernährungslage der deutschen Bergarbeiter komme sicherlich nicht nur diesen, sondern der ganzen internationalen Kohlenproduktion zugute.

Bei der Mandatsprüfung teilte der Präsident mit, daß der Kongress 2606 215 Bergarbeiter vertrete.

Zum Schluß der Sitzung gelangt ein Brief der Bergleute des Saargebietes zur Berührung, in dem diese die französischen Kameraden um ihre Vermittlung bei der französischen Regierung bitten, damit nach deutschem Muster Ferien eingeführt werden, was die französische Regierung abgelehnt hatte.

Vom Genfer Kongress

Genf, 3. August.

Der Internationale Sozialistenkongress setzte heute Vormittag seine Arbeiten fort. In der Besprechung der von der Kommission eingebrachten Resolution über die Stellung der Internationalen zum Völkerverband erklärte der Schwede Engberg, daß der Völkerverband zwar sehr der Verbesserung bedürftig, daß der heutige Zustand Europas aber doch nicht so demütigend sei, wie vor dem Jahre 1914. Trotska (Holland) kritisierte die Resolution als zu wenig scharf gefaßt. Er tadelt vor allem, daß Sowjetrußland vom Völkerverband ausgeschlossen sei, und bekämpfte insbesondere die Bestimmung, daß nur diejenigen Nationen zugelassen werden, die ihren Versprechungen nachkommen. Dieser Passus habe sich im Jahre 1919 auf Deutschland bezogen, jetzt könne er sich nur noch auf Rußland beziehen.

Stanning (Dänemark) übte scharfe Kritik an dem Vertrag von Versailles und am Völkerverband und erklärte, daß die Uneinigkeit der Nationen heute größer sei denn je. Aufgabe des Sozialistenkongresses sei es, auf diese Tatsache hinzuwirken und dagegen Stellung zu nehmen.

Bernstein (Deutschland) erklärte, daß der Vertrag von Versailles für die Deutschen eine große Enttäuschung bedeute, weil die Alliierten gegen die deutsche Republik dieselbe Stellung einnehmen wie früher gegen das kaiserliche Deutschland. Die deutsche Revolution sei aber durchaus ernst zu nehmen und sei nicht etwa ein Versuch gewesen, sich der Verantwortung zu entziehen. Durch die Revolution sei in Deutschland der politische Schwerpunkt vollständig verschoben worden. Der Vertrag von Versailles verlege dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einen sehr schweren Schlag. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn von Deutschland als von einer Verbündeten Nation gesprochen werde, so müsse festgestellt werden, daß es keine Nation von Verbrechern gebe, sondern daß Irriäter und Verbrecher in allen Nationen begangen würden. Das deutsche Volk sei ebenso viel wert wie alle anderen Völker. Deutschland, das erstlich den Frieden wolle, sei eine sozialistische Republik und als Nation durchaus ehrlich; allerdings seien Waffen verborgen, sowohl von der äußeren Seite wie von der inneren bedroht. Gegen einen Einmarsch im Osten könne Deutschland sich nicht schützen. Eine Aenderung des Versailler Vertrages und des Völkerverbandes könne nur durch eine internationale Aktion der Völker erreicht werden, die allen den Frieden Europas sichern könnten. Bernstein empfiehlt sodann die Resolution der Kommission zur Annahme. (Starker Beifall.)

Der Hauptberatungsgegenstand der Nachmittags-sitzung bildet die Verlegung des internationalen Sekretariats von Brüssel nach London. Die Kommission sprach sich dafür aus, da die englische Partei als stärkste Organisation am besten dazu geeignet sei, die Verhandlungen mit denjenigen Gruppen zu führen, die der zweiten Internationale nicht angehören. Huzsmans als Generalsekretär pflichtete dem Vorschlag an dem gleichen Grunde bei. Die Verhandlungen mit den der Internationale fernstehenden Gruppen seien, so betonte Vandervelde (Belgien) außerordentlich wichtig. Auch müßten die Verhandlungen so schnell wie möglich durchgeführt werden, wenn nicht die zweite Internationale auseinanderfallen solle. Einstimmig wurde sodann die Verlegung des Generalsekretariats nach London beschloffen vorbehaltlich der Zustimmung der englischen Sektion, die zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen hatte. Weiterhin wurde die englische Organisation beauftragt, Verhandlungen mit den der zweiten Internationale fernstehenden Gruppen auf Grund der Genfer Beschlüsse herbeizuführen.

Die ungarische Stoßtruppe gegen Wien

Wien, 3. August.

Das Staatsamt für Heereswesen gibt jetzt genauere Einzelheiten über die Bildung einer ungarischen Legion in Zalaegerszeg, die sich gegen die Wiener Regierung richtete. Die Stärke dieser Legion betrug 170 bis 180 Mann, sie besaß 3—4 Maschinengewehre, aber keine Artillerie und Kavallerie. Sie stand unter der Führung eines Majors Schwabner und verschiedener früherer österreichischer Offiziere. Das Gros der Legion bildeten Offiziere und Unteroffiziere, den Rest in Stärke von etwa 70 Mann, Mannschaften, die zum Dienst gezeichnet sind. Als Zweck der Legion, wurde den Mannschaften der Sturz der jetzigen Wiener Regierung und die Wiedererrichtung der Monarchie angegeben. Hierzu wurden die Mannschaften mit Handschlag und Unterdruck an Ehesattelpflicht verpflichtet. Nach Mitteilung der Offiziere an die Mannschaften, sollte die Spezialaufgabe der Legion die Bildung einer Terrortruppe in Wien sein, und es wurde den Mannschaften freie Willkür in Aussicht gestellt. Die Verhandlung und Verpflegung war gut, der Infanterie erhielt 7 Kronen, der Offiziere 15 Kronen tägliche Wohnung. Mannschaften und Offiziere trugen die alte österreichische Uniform mit weißen Streifen an der Kappe. Alle Angehörigen der Legion führten Decknamen. In Ungarn sollen sich noch weitere fünf Lager für österreichische Legionstruppen befinden. Als am 21. Juli eine Entente-mission das Lager von Zalaegerszeg besichtigte, mußte sich Manns aften und Offiziere mit voller Ausrüstung im Walde verstecken. In dem gleichen Lager befand sich noch eine kroatische Legion, unter Führung eines serbischen Hauptmanns und eines ungarischen Oberleutnants, die den Zweck verfolgten, die Umstürzungsbewegung in Jugoslawien zu fördern. Als vor zwei Wochen 11 Mann der Legion desertierten, aber wieder eingelangert wurden, wurden 4 dieser Flüchtlinge in Szombathely erschossen.

Wien, 3. August.

Staatssekretär Renner empfing heute nacheinander die Gesandten der Hauptmächte, um ihnen die durch den Einfall in Fürtensfeld und durch die Verdrängung der Legion in Zalaegerszeg geschaffene Lage darzulegen. Renner sagte: Obwohl Deutsch-Westungarn durch den rechtskräftigen Friedensschluß von St. Germain Österreich zuerkannt ist, hat die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die allgemeine Unsicherheit in Mitteleuropa und auf die künftigen bayerischen Beziehungen zu Ungarn jeden gewaltsamen Schritt unterlassen. Sie hat damit bedundet, daß sie die friedlichen Beziehungen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten will. Trotzdem hören die Bedrohungen Österreichs auf ungarischer Seite nicht auf. Österreich muß den Schutz der allierten Mächte finden, da ihm der Friedensvertrag eine wirksame Selbsthilfe unmöglich macht. Der Staatssekretär ersuchte die Gesandten, ihre Regierungen davon zu unterrichten, daß dieser Zustand fortwährender Bedrohlichkeit die innere Beruhigung Österreichs hemme und gefährde.

Weiter verwies Renner auf die politischen Erschütterungen im Osten Europas. Österreich wünsche von diesen Ereignissen tunlichst unberührt zu bleiben und volle Neutralität aufrechtzuerhalten.

Lord George über Deutschland

St. London, 3. August.

Bei der Einreichung der bekanntlich angenommenen Vorlage, Deutschland einen Vorstoß von 5 Millionen Pfund zu gewähren, sagte Lord George: Dies bedeutet keine Abweigung von dem Abkommen, so wie es von den Kritikern dargestellt worden war. Das Ungeheure, als das man das Versailler Abkommen dargestellt habe, sei grundverschieden von dem tatsächlichen Wortlaut des Abkommens, z. B. sage bereits Artikel 235, daß Deutschland Schadenergütung leisten müsse. Gleichgültig sollen aber gegen diese Schadenergütung Beiträge von Rohmaterial und Nahrungsmitteln geliefert werden und zwar werden es die Alliierten für notwendig halten, Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Im Abkommen von Spa ist festgelegt, daß der Ertrag des Verkaufes von Schiffen, die England überwiesen worden sind, Großbritannien zuzuschreiben ist. Er könne nicht sagen, um welche Summe es sich handelt, aber wenn man nur 20 Pfund pro Tonne Schiffsraum rechnet, würde schon ein Betrag von 40 Millionen Pfund erreicht werden. Dazu kommen noch die Schiffsfrachten, die gleichfalls mehrere Millionen ausmachen. Deshalb beschränkt sich die Vorlage darauf, daß jetzt dieser Betrag aus der erhaltenen Entschädigung vorgestreckt werde, damit Deutschland keine Erzeugung erhöhen und seine Verpflichtungen erfüllen kann. Frankreich und Belgien, die zwei Millionen Tonnen Steinkohlen monatlich erhalten, müssen ähnlich vorgehen. Frankreich könne das Geld aus Anleihen decken. Dem Schein nach handle es sich um einen Vorstoß, aber tatsächlich werde nur von dem weit größeren Betrag, der bereits als Schadenergütung gezahlt wurde, ein Teil zurückerstattet. England würde diese 5 Millionen Pfund an Deutschland, damit dieses seine Bedürfnisse für die industrielle Bevölkerung erfüllen könne. Frankreich brauche Steinkohle und Steinkohle sei Gold. Je mehr Steinkohle Deutschland erzeuge, desto mehr könne es zur Deckung seiner Verpflichtungen sparen. Andererseits könne es nicht produzieren, solange die Bevölkerung unternährt sei. Großbritannien und Frankreich seien übereingekommen, daß, wenn die Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet oder Oberschlesien geliefert werden sollten, die erste Vorbedingung dafür sei, daß die Bergarbeiter die notwendige Ernährung und so die nötige Kraft geben, ihre Arbeit unter den schwierigen Umständen zu erfüllen. Es wäre für Frankreich und Belgien weit besser, diese zwei Millionen Tonnen Steinkohlen monatlich auf diese Weise zu erhalten, als eine große Armee in das Ruhrgebiet zu entsenden, um die Kohlen zu holen. Lord George sagte weiter, er sei froh, daß die Meinung des Unterhauses dieser Vorlage günstig sei und er würde es bedauern haben, wenn es geäußert hätte, die Vorlage anzunehmen. Es sei dies auch der einzige Weg, die gute Stimmung der deutschen arbeitenden Bevölkerung für England zu sichern.

Die Berliner Arbeiterschaft und die K.P.D.

Die „Rote Fahne“ lebt ausschließlich von den blödesten Anzeigen und Demonstrationen gegen unsere Partei. Die heute stattfindende Demonstration nimmt sie wiederum zum Anlaß zu einer Rippelei. Die K. P. D. habe die Anregung zu einer solchen Demonstration gegeben und eine gemeinsame Veranstaltung der Kommunisten und unserer Genossen vorgeschlagen. Das sei von der U. S. P. D. abgelehnt worden, und nun rufen wir aus „Reinlichem Parteiegewinn“ die Arbeiterschaft zur Kundgebung auf, „aber nicht mit der kommunistischen Partei“. Daran knüpft die „Rote Fahne“ die üblichen wästen Beschimpfungen gegen unsere Partei.

Das ist eine Annahme, die ihresgleichen schwerlich finden dürfte. Man denke: Ohne die Kommunisten um Erlaubnis zu bitten und zur Beteiligung einzuladen mag es unsere Partei, die Berliner Arbeiterschaft zu einer Demonstration aufzurufen! Aber warum tut die K. P. D. nicht das gleiche? Wagt sie es nicht, weil sie fürchtet, daß sie bei selbständigem Auftreten der Arbeiterschaft selgen würde, daß nur ein dürftiges Häuflein ihrer Fahne folgt? Schon seit langer Zeit hört man nichts mehr von einem selbständigen Auftreten der K. P. D. in Berlin. Von ihrer konspirativen Vergangenheit ist als Rest geblieben, daß sie unter Ausfluß der Dessenitätzeit existiert. Darum blickt sie sich bei jeder Gelegenheit bei unserer Partei an. Wir müßten der „Roten Fahne“ ein für allemal sagen, daß die Berliner Arbeiterschaft vertreten wird durch die Korporationen, die zur heutigen Demonstration auffordern, nicht durch die K. P. D. Darum bestimmen jene Organisationen Form und Zeitpunkt von politischen Kundgebungen der Berliner Arbeiterschaft allein und nach ihrem Ermessen.

Zu allem Ueberflus sind die Behauptungen der „Roten Fahne“ aber auch noch unwar. Als in unserer Berliner Parteileitung bereits der Beschluß bestand, gegen das Entwaffnungsgesetz zu demonstrieren, kamen die Kommunisten herbei, um zu einer gemeinsamen Veranstaltung am vergangenen Sonntag aufzufordern. Dies geschah am Sonnabend. Da die Zeit bis zum Sonntag für eine ordnungsmäßige Vorbereitung der Demonstration zu kurz war und außerdem für Sonntagmittag bereits die Friedenskundgebung der Kriegsteilnehmer angekündigt war, schienen unsere Genossen diesen Vorschlag der Kommunisten allerdings ab. Es ist eine Unverschämtheit, wenn nun die „Rote Fahne“ behauptet, die Kundgebung sei von uns erst angeregt worden, nachdem die Kommunisten unsere Parteileitung durch „Prügel“ von der Notwendigkeit der Demonstration überzeugt hätten.

Der Reichslohntarif der Verkehrsarbeiter

Der Reichstag hat folgende Entschlüsse angenommen:

1. der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Abschluß des Reichslohntarifs für die Verkehrsarbeiter notwendig werdenden Mittel, sowie die daraus sich ergebenden Ausgleichszulagen für die Beamten, ausgezahlt werden;
2. der Reichstag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Nachprüfung des Reichsbesoldungsgesetzes die Folgerungen aus den Landesbesoldungsordnungen und den im Reich bereits vorgenommenen Einstufungen gezogen werden, soweit dies mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbesoldungsordnung vereinbar ist und daß die sich ergebenden Vorschläge gegahlt werden.

Durch diesen Beschluß ist den Anträgen, die die Unabhängige Fraktion gestellt hat, in der Hauptsache entsprochen worden.

Das Tumultschädengesetz

Die Genossen Merkel und Sauerbren haben im Reichstag folgende kleine Anfrage gestellt:

Das am 12. Mai 1920 in Kraft getretene Tumultschädengesetz regelt die Ansprüche der Geschädigten nach den Grundgesetzen des 31. März in Geltung gemessenen Mißtauerungsverordnungsgelezes.

Die Leistungen dieses Gesetzes stehen nicht mehr im Einklang mit dem gesunkenen Geldwert.

Wir fragen an, ob die Reichsregierung gedenkt, die Sätze des neuen Verordnungsgelezes auch für die Opfer der inneren Unruhen in Württemberg treten zu lassen?

Donaukonferenz. Montag nachmittag wurde die in den verschiedenen Friedensverträgen vorgeebene internationale Konferenz, die die Grundlagen der internationalen Verwaltung der Donau festlegen soll, eröffnet. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der französische Revolutionsminister Bogdan ernannt. Auf der Konferenz sind vertreten Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Rumänien, Südschweden, die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn und Bulgarien.

